

Antrag auf Anerkennung

als psychosoziale Prozessbegleiterin / psychosozialer Prozessbegleiter

[Einreichung des eigenhändig unterschriebenen Antrags samt Anlagen bitte per Post, Fax oder eingescannt per E-Mail an die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe der bayerischen Justiz, Oberlandesgericht München, Prielmayerstraße 5, 80097 München, Fax: 089/5597-2828, E-Mail: poststelle@olg-m.bayern.de]

1. Ich beantrage hiermit die Anerkennung als psychosoziale Prozessbegleiterin / psychosozialer Prozessbegleiter

nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 des Bayerisches Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung strafrechtlicher Vorschriften (BayStrAG).

Meine Personalien und Kontaktdaten lauten wie folgt:

Personen-/Kontaktdaten <u>privat</u>		Kontaktdaten als <u>psychosoziale/r Prozessbegleiter/in</u> [zur Veröffentlichung im Internet gemäß Art. 3 Abs. 1 Satz 5 BayStrAG]	
Anrede* [bitte ankreuzen]:	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr	An-schrift*¹:	
Titel [Dr./Prof.]:			
Name, ggf. Geburtsname*:			
Vorname*:			
Geburtsdatum*:		Telefon*:	
Geburtsort*:		Mobiltelefon:	
Wohnanschrift*:		E-Mail*:	
		Homepage:	
		[* Pflichtangabe] [¹ Wenn eine gesonderte dienstliche Kontaktanschrift besteht, sollte diese stets vollständig angegeben werden; bei Personen, die ausschließlich von der Wohnadresse aus tätig sind, kann die Angabe, sofern erwünscht, auf PLZ und Ort beschränkt werden.]	

2. Ich möchte psychosoziale Prozessbegleitung [Zutreffendes bitte ankreuzen]

als Mitarbeiter/in einer nicht öffentlichen Einrichtung

als Mitarbeiter/in einer öffentlichen Einrichtung

in selbständiger Tätigkeit

ausüben.

Falls Ausübung als Mitarbeiter/in einer Einrichtung erfolgt:

Einrichtung*:	
Anschrift (Einrichtung)*:	
Telefon (Einrichtung):	
E-Mail (Einrichtung):	
Homepage (Einrichtung):	
Anmerkungen:	
[* Pflichtangabe]	

3. Ich möchte psychosoziale Prozessbegleitung [Zutreffendes bitte ankreuzen / ausfüllen]

für alle in Betracht kommenden Opfergruppen

im Schwerpunkt für folgende Opfergruppen [Ausnahmen im Einzelfall]: _____

ausschließlich für folgende Opfergruppen: _____

ausüben.

4. Ich verfüge über folgende fachliche Qualifikationen:

(Art. 3 Abs. 1 Satz 1 BayStrAG i. V. m. § 3 Abs. 2 PsychPbG)

a. Grundqualifikation [Zutreffendes bitte ankreuzen]

- Hochschulabschluss** in einem (oder mehreren) der Bereiche Sozialpädagogik, Soziale Arbeit, Pädagogik oder Psychologie

Nachweis(e) [insb. Hochschulzeugnis(se)]:

- _____

- _____

- _____

- Abgeschlossene Berufsausbildung** in einem (oder mehreren) der Bereiche Sozialpädagogik, Soziale Arbeit, Pädagogik oder Psychologie

Nachweis(e) [insb. Abschlusszeugnis(se)]:

- _____

- _____

- _____

- _____

b. Berufserfahrung

Ich habe mindestens zwei Jahre praktische Berufserfahrung in einem (oder mehreren) der Bereiche Sozialpädagogik (SP), Soziale Arbeit (SA), Pädagogik (PG) oder Psychologie (PS) und habe diese innerhalb der letzten acht Jahre erworben.

[bitte chronologisch ausfüllen]

Tätigkeit	Arbeitgeber	Bereich (SP/SA/ PG/PS)	Umfang (Vollzeit / Teilzeit in %)	Dauer von	Dauer bis

c. Weiterbildung zum/r psychosozialen Prozessbegleiter/in

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

- Ich habe eine von einem Land anerkannte Weiterbildung zum/r psychosozialen Prozessbegleiter/in abgeschlossen.

[bitte ggf. ausfüllen]

Weiterbildungsanbieter / Bezeichnung der Weiterbildung	Dauer von	Dauer bis

Nachweis(e) [insb. Zertifikat(e)]:

- _____
- _____
- _____

- Ich habe eine von einem Land anerkannte Weiterbildung zum/r psychosozialen Prozessbegleiter/in begonnen, die derzeit noch andauert, aber bis zum 31. Juli 2017 abgeschlossen sein wird. Ich möchte für die Übergangsfrist bis zum 31. Juli 2017 vorläufig als psychosoziale/r Prozessbegleiter/in anerkannt werden und beabsichtige, mich nach Abschluss der Weiterbildung dauerhaft als solche/r anerkennen zu lassen.

(Art. 3 Abs. 6 BayStrAG i. V. m. § 11 PsychPbG)

[bitte ggf. ausfüllen]

Weiterbildungsanbieter / Bezeichnung der Weiterbildung	Dauer von	Dauer bis

Nachweis(e) [insb. Teilnahmebescheinigung(en)]:

- _____
- _____
- _____

5. Persönliche Zuverlässigkeit

(Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BayStrAG)

Ich versichere, dass ich die Tätigkeit als psychosoziale/r Prozessbegleiter/in im Einklang mit Recht und Gesetz und gemäß den für die psychosoziale Prozessbegleitung geltenden rechtlichen und fachlichen Standards ausüben werde.

a. Vorstrafen [Zutreffendes bitte ankreuzen]

- Ich bin nicht strafrechtlich vorgeahndet.
- Ich habe folgende (rechtskräftige) Vorstrafen:

Gericht und Datum Urteil / Strafbefehl	Delikt(e)	Strafmaß	Vollstreckungs- stand

b. Anhängige Strafverfahren [Zutreffendes bitte ankreuzen]

- Gegen mich sind aktuell keine Strafverfahren anhängig.
- Gegen mich sind aktuell folgende Strafverfahren anhängig:

Staatsanwaltschaft / Ge- richt	Delikt(e)	Verfahrens- stand

c. Erweitertes Führungszeugnis [Zutreffendes bitte ankreuzen]

(Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BayStrAG)

- Ich habe diesem Antrag ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) vom _____ [Datum] beigefügt.

[Wird ein dem/der Antragsteller/in bereits vorliegendes erweitertes Führungszeugnis verwendet, darf dieses nicht älter als 3 Monate sein (ausgehend vom Tag des Antragseingangs).]

- Ich habe bei der örtlichen Meldebehörde am _____ [Datum] ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30a Abs. 1 BZRG zur unmittelbaren Übersendung an das Oberlandesgericht München, Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe (Anerkennungsstelle) beantragt. Hierzu hat mir die Anerkennungsstelle bereits eine schriftliche Bestätigung gemäß § 30a Abs. 2 BZRG übersandt, die ich der örtlichen Meldebehörde vorgelegt habe.

[Gemäß § 30a Abs. 2 BZRG muss mit dem Antrag auf ein erweitertes Führungszeugnis eine Bestätigung der Anerkennungsstelle vorgelegt werden, dass das erweiterte Führungszeugnis benötigt wird. Diese Bestätigung sollte im Regelfall erst mit der Einreichung dieses Anerkennungsantrags bei der Anerkennungsstelle angefordert werden (vgl. nächstes).]

- Ich habe noch keinen Antrag auf Erteilung eines erweiterten Führungszeugnisses gestellt. Zum Zwecke der Antragstellung bei der örtlichen Meldebehörde bitte ich um Zusendung der Bestätigung nach § 30a Abs. 2 Satz 1 BZRG.

6. Sonstige Anmerkungen / Qualifikationen / Nachweise [ggf. Beiblatt]

Die Richtigkeit der Angaben wird hiermit versichert. Mit der Verarbeitung meiner oben genannten personenbezogenen Daten zum Zwecke der Bearbeitung meines Antrags bin ich einverstanden. Von dem anliegenden Informationsblatt habe ich Kenntnis genommen.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)